

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862**

2.12.1862 (No. 283)

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 2. Dezember.

N. 283.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einkaufspreise: die gespaltenen Beilagen oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expeditoren: Karl-Friedrich-Str. Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

## Amtlicher Theil.

Karlsruhe, 1. Dezember.

### Dienstnachrichten.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben am 26. d. Mts. gnädigst geruht, den Amtsrichter von Blittersdorf in Säckingen in gleicher Eigenschaft an das Stadtmagistrat Karlsruhe, und den Amtsrichter Höfer in Billingen in gleicher Eigenschaft an das Amtsratshaus Achern zu versetzen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Deutschland.

München, 21. Nov. (Mar. Z.) Für die bevorstehende Generalkonferenz ist bereits ein so umfangreiches Verhandlungsmaterial vorhanden, daß man die Dauer derselben im Voraus auf mehrere Monate veranschlagt. Ob die Eröffnung der Konferenz bereits am 5. Januar, wie anfänglich bestimmt, stattfinden kann, ist noch nicht bestimmt; möglich, daß der Eröffnungstermin noch um einige Tage hinausgeschoben wird. Die Zustimmung zur Besetzung der Konferenz ist nunmehr von allen Zollvereins-Regierungen hier eingetroffen.

Darmstadt, 28. Nov. Graf von Solms-Laubach hat bei der ersten Kammer einen Antrag gestellt auf Anlegung einer Eisenbahn von Gießen durch das Innere der Provinz Oberhessen nach Fulda, sei es auf Staatskosten, sei es durch die Röh-Windener Eisenbahn-Gesellschaft.

Darmstadt, 29. Nov. Der Gesetzentwurf, die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate betreffend, ist nunmehr im Druck erschienen und heute an die Abgeordneten vertheilt worden. Es handelt sich hierbei darum, wie die Motive des Entwurfs sagen, das im Großherzogthum dormalen bestehende System, wie es sich historisch gebildet hat und verfassungsmäßig anerkannt ist, das System nämlich der möglichststen Religionsfreiheit, unter dem Schutze und der Oberaufsicht des Staates einer richtigen Ausführung hinzugeben. Der Entwurf enthält folgende 15 Artikel:

Art. 1. Der evangelischen und katholischen Kirche ist das Recht öffentlicher Korporationen mit dem Rechte öffentlicher Gottesverehrung gewährt. — Art. 2. Die Befugnisse der übrigen Religionsgemeinschaften, welche bisher aufgenommen oder geduldet waren, richten sich nach den ihnen ertheilten besonderen Bewilligungen. — Art. 3. Die Bildung neuer Religionsgemeinschaften ist gestattet. Ihre Verfassung und ihr Bestehen darf den Staatsgesetzen und der Sitte nicht widersprechen und Andere nicht in ihren politischen, bürgerlichen oder religiösen Rechten beeinträchtigen. Es steht ihnen das Recht der freien, gemeinsamen Gottesverehrung unter dem Schutze des Staates zu. — Art. 4. Die evangelische und die katholische Kirche ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten selbstständig. Der Verkehr mit den kirchlichen Obedienzen ist ungeschwächt. — Art. 5. Die Kirchenämter werden durch die Kirchen selbst verlesen, und besetzt auf öffentlichen oder privatrechtlichen Auktionen, wie insbesondere beim Patrone, beruhenden Befugnisse. — Art. 6. Die Kirchenämter können nur an Solche vergeben werden, welche das Recht eines Inländers besitzen oder erlangen und nicht von der Staatsregierung unter Angabe des Grundes als ihr in bürgerlicher oder politischer Beziehung mißfällig erklärt worden. Die Zulassung zu einem Kirchenamt ist regelmäßig durch den Nachweis einer allgemein-wissenschaftlichen Vorbildung bedingt. Der Anfang derselben und die Art des Nachweises werden durch eine Verordnung bestimmt. — Art. 7. Religiöse Orden und andere ähnliche Genossenschaften stehen unter der Oberaufsicht des Staates. Aus Gründen des öffentlichen Wohls kann die Einführung solcher Orden und Genossenschaften oder die Errichtung einzelner Anstalten derselben untersagt und, wenn sie bereits eingeführt sind, ihnen die Ausübung einer weltlichen Wirksamkeit im Staate verboten werden. — Art. 8. In ihren bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Beziehungen bleiben die Kirchen, deren Anstalten und Diener den Staatsgesetzen unterworfen. Keine Kirche kann aus ihrer Verfassung oder ihren Bestimmungen Befugnisse ableiten, welche mit der Souveränität des Staates oder den Staatsgesetzen im Widerspruch stehen. — Art. 9. Keine Verordnung der Kirchen, welche in bürgerliche oder staatsbürgerliche Verhältnisse eingreift, kann rechtliche Geltung in Anspruch nehmen oder in Vollzug gesetzt werden, bevor sie die Genehmigung des Staates erhalten hat. Alle kirchlichen Verordnungen müssen gleichzeitig mit der Verkündung der Staatsregierung mitgetheilt werden. — Art. 10. Verfügungen und Erkenntnisse der Kirchengewalt können gegen die Freiheit oder das Vermögen einer Person wider deren Willen nur von der Staatsgewalt und nur unter der Voraussetzungen vollzogen werden, daß sie von der zuständigen Staatsbehörde für vollziehbar erklärt sind. — Art. 11. Das Vermögen, welches den kirchlichen Bedürfnissen, sei es des ganzen Landes, einer Provinz, gewisser Bezirke oder einzelner Orte gewidmet ist, wird, unbeschadet anderer Anordnungen der Kirche, unter gemeinsamer Leitung der Kirche und des Staates verwaltet. Bei der Verwaltung des kirchlichen Drittvermögens müssen die berechtigten Gemeinden vertreten sein. — Art. 12. Das den kirchlichen Bedürfnissen und Anstalten gewidmete Vermögen unterliegt den Gesetzen des Staates, insbesondere auch denjenigen über die öffentlichen Abgaben und Steuern. — Art. 13. Das öffentliche Unterrichtswesen wird vom Staate geleitet. Andere Unterrichts- und Erziehungsanstalten stehen unter der Aufsicht der Staats-

regierung. — Art. 14. Den Religionsunterricht überwachen und beaufsichtigen die Kirchen für ihre Angehörigen, jedoch unbeschadet der einheitlichen Leitung der Unterrichts- und Erziehungsanstalten. Die Kirchen sind befugt, Bildungsanstalten für diejenigen, welche sich dem geistlichen Stande widmen, zu errichten. — Art. 15. Alle Gesetze und Verordnungen, welche mit obigen Bestimmungen nicht vereinbar sind, werden aufgehoben. Die Verordnungen über die Verwaltung des kirchlichen Vermögens bleiben in ihrer bisherigen Wirksamkeit, bis im Wege der Verordnung ihre Aufhebung in Vollzug gesetzt wird.

Freiburg, 27. Nov. (W. B.) Gestern Abend kam dahier eine größere Anzahl von Fabrikanten, Kaufleuten und Gewerbetreibenden wegen der Haude'schen Zollvereins-Frage zusammen und beschloß, in einer Adresse an den Großherzog den Wünschen der hiesigen Bürger auf Beitritt zum Handelsvertrag und unbedingte Erhaltung des Zollvereins Ausdruck zu geben. Wir vernehmen, daß in Nidda ebenfalls vor einigen Tagen eine Versammlung in derselben Angelegenheit stattfand. Am 27. fand auch in Gießen die von dem Handelsverein ausgeschriebene, zahlreich besuchte Versammlung hiesiger Einwohner statt, und wurde eine Resolution zu Gunsten des Handelsvertrags und Zollvereins beschloffen.

Kassel, 27. Nov. Man schreibt der „Südd. Ztg.“: Von der preussisch-österreichischen Mission verpricht man sich hier nicht all zuviel. Der Kurfürst hat nachgegeben und die Stände wieder einberufen. Er wird sich selbstverständlich auch dazu verstehen, die Genehmigung zur Vorlage des Budgets und einiger weiteren dringenden Vorlagen zu ertheilen. Aber wie lange wird dieser „Kasseler“ vorhalten? Wir wollen uns in 4 oder 6 Wochen einmal wieder darüber sprechen. Wie der Kurfürst die Sendung des preussischen und österreichischen Abgeordneten von vornherein beirtheilt hat, beweist wohl die sehr bemerkenswerthe Aeußerung, welche ihm bei der ersten Nachricht entfuhr: „Mich alten Mann pensioniren wollen!“ Dessenungeachtet verzichtete der hohe Herr nicht auf seine gewöhnlichen Liebhabereien. So besichtigte er bei allem Wirrwarr im Palais die angekauften Remontepferde der Garde du Corps, welche Ehre nur diese allein genießen. So ließ er seine Hofbeamten rufen, um über eine ganz gleichgültige und seit langer Zeit ruhende Hofangelegenheit sich Auskunft geben zu lassen und Befehle zu ertheilen. So unterließ er gestern Morgen nicht, als er einen Kriegskommisär den Posten vor seinem Palais nur so ganz cavalieremäßig grüßen sah, einen Leibjäger auf die Hauptwache zu schicken, der von dort einen Unteroffizier ins Kriegsministerium beordern mußte, damit dieser den Kriegskommisär instruiren solle, wie man einen Posten militärisch begrüßen müsse! Damit stimmt freilich nicht, daß er den Staatsrath Schaffer, der zum Referat über die Veranlagung des Hessenvereins in Guntershausen gekommen war, wie er (Schaffer) ging und stand, bei sich empfing, nämlich in grauen Hofen, grauen Samaschen und einem Oberrock — gewiss ein Beweis, wie lebhaft ihn dieser Bericht interessirte. Das Mißtrauen selbst gegen seine vertrautesten Rathgeber ist aber trotzdem noch immer wach. So gibt er seinem Hauspersonal jetzt die gemessensten Instruktionen über den Empfang der zur Audienz befohlenen Personen. Da trifft es sich denn wohl, daß Schaffer, Abbe, v. Dahn und v. Lohberg gleichzeitig in vier verschiedenen Wartezimmern der Audienz harren, ohne daß Einer vom Andern etwas weiß — damit ja vorher keine Besprechung unter ihnen stattfinden kann.

Kassel, 29. Nov. Der Zeitungsjourenalist, ob das diesmalige Nachgeben des Kurfürsten, mehr auf Rechnung der preussischen oder der österreichischen Einwirkung zu schreiben sei, dürfte so lange ein ziemlich mißiger sein, als man nicht ganz zuverlässige Kunde über den innern Verlauf der Sache erhält. Als äußerlich thätig ist indes zu notiren, daß J. W. v. Schamerling wiederholt zur Kurfürstlichen Tafel gezogen wurde und nach der „Frl. Postz.“ vor seiner Abreise die Insignien des Großkreuzes des kurfürstl. Wilhelmsordens erhielt. Derselbe ist heute abgereist.

Der „Bant- und Handelsztg.“ wird angeblich aus Frankfurt vom 26. geschrieben: „Schamerling hat zweimal Audienz gehabt. Das erste Mal hat er den Kurfürsten poltern hören und sich dann nach kurzer Ausrichtung seines Auftrags mit der Erläuterung entfernt, er werde andern Tages sich erlauben, den Endbescheid zu holen. Gestern um die Mittagszeit fand sich ein Adjutant bei dem österreichischen General mit einer freundlichen Einladung des Kurfürsten ein. Der General folgte dieser Einladung alsbald, soll den Kurfürsten aber immer noch stark äggrirt gefunden haben. Die bestimmten Aeußerungen Schamerling's über die unaußweichlichen Eventualitäten scheinen aber doch Eindruck zu machen, so daß man allgemein glaubt, der Kurfürst werde froh sein, wenn nur Dahn und Etternberg bleiben. Die Parodie, immer das Gegentheil von dem zu thun, was in Berlin gewünscht wird, war, wie man versichert, auch in diesem Fall das durchschlagende Argument. Schamerling hat nämlich dem Kurfürsten klar gemacht, daß er dem preussischen Kabinett gar keinen größeren Gefallen thun könne, als wenn er einen Vorwand gebe, daß das Ministerium Bismarck sich auf seine Kosten populär mache. Die Frauen hatten dem Kurfürsten schon dasselbe gesagt, Schaffer und Abbe sekundirt.“

Kassel, 29. Nov. Die heutige „Kasseler Ztg.“ druckt die

Depesche des Hrn. v. Bismarck vom 24. d. ihrem Wortlaut nach ab und knüpft daran die folgende Betrachtung:

Wir beklagen in diesem Augenblick doppelt die noch nicht gegebene Herstellung des diplomatischen Verkehrs, da Hr. v. Bismarck auf Privatkorrespondenzen angewiesen gewesen zu sein scheint. Es bedarf nur eines unbefangenen Lesens dieser Depesche, um alsbald die Ueberzeugung zu erlangen, daß man in Berlin bei Erlass dieser Depesche unsere Verhältnisse, wie sie wirklich liegen, gar nicht gekannt hat oder nicht hat kennen wollen. Daß der Bundesbeschluss vom 24. Mai l. J. in hohem Grade unklar und unbestimmt ist, ist unseres Wissens noch von keiner Seite bestritten worden. Derselbe bildet aber die Grundlage der landesherrlichen Verkündung vom 21. Juni l. J. Schon hiernach kann es nicht bestritten werden, daß sich über die sowohl im Bundesbeschluss, als im Juni-Patent offen gebliebene und der Praxis überlassene Frage, ob der gegenwärtige Landtag ein nur ad hoc (Vereinbarung des neuen Wahlgesetzes) berufener sei, verschiedene Ansichten bilden konnten. War doch selbst das projektirte Ministerium v. Lohberg-Wiegand, aus dessen Programm das Juni-Patent hervorgegangen ist, so viel wir wissen, der Ansicht, daß sich die Aufgabe des jetzigen Landtages auf jenen Zweck zu beschränken habe. Bekannt ist, daß bereits schon die jüngste Thronrede weitere landesherrliche Entschlüsse andeutend vorgebeugt, und wie neuerdings jene Zweifel und Meinungsverschiedenheiten bei der Regierung ausgeglichen worden sind. Wie man aber unter diesen Verhältnissen sagen könnte, daß in der kurfürstl. Verordnung vom 21. Juni gegebene Wort sei nicht gehalten worden, bleibt unverständlich — vollends unbegreiflich, wenn man erwägt, daß der dortige Konflikt im eigenen Lande, den man selbst ganz ignoriren zu können glaubt, sich doch ebenfalls nur um Auslegung der Verfassungsnormen dreht. Für die Schlussdrohung haben wir kein Wort, um unserer Empfindung über eine solche Einmischung in die Angelegenheiten eines souveränen Bundesstaates Ausdruck zu geben. Nur das sei gesagt, daß unsere heftige Natur von der Art ist, daß wir einer solchen Drohung gegenüber allen Haß vergessen und wie ein Mann zusammenstehen.

Kassel, 29. Nov. Die Antwort des Hrn. v. Dahn an Hrn. v. Bismarck trägt nach der „Kasseler Ztg.“ einen rein geschäftlichen Charakter. Nachdem sie die Wichtigkeit der Ertsprache der preussischen Regierung anerkannt, benachrichtigt sie zugleich Hrn. v. Bismarck von der nahen Wiederberufung der Ständeversammlung. Die Antwort, in einer der deutschen Staatensoveränität angemessenen Weise, von der der „Frankf. Postz.“ geschrieben wurde, scheint sonach wohl nur die „Kasseler Ztg.“ gegeben zu haben.

Sagen, 27. Nov. Der Redakteur der „Märkischen Volksz.“, H. Wolf, ist wegen Majestätsbeleidigung, Störung des öffentlichen Friedens u. heute zu einer Geldbuße von 100 Thln., event. zwei Monaten Gefängnis verurtheilt worden.

Bremen, 27. Nov. Ueber die Vorbereitungen zum deutschen Schützenfest von 1864 meldet die „Wes. Z.“: Der Vorstand des deutschen Schützenbundes lud eine Anzahl Männer, die sich für die Sache interessiren, ein, sich mit ihm gemeinsam über die zunächst nothwendigen Schritte zu beraten. Aus dieser Versammlung wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus den Hrn. Buff, Helmten, Architekt Heinrich Müller, H. Schröder und Dr. jur. Plate, welche einen ungefähren Plan ausarbeiten und namentlich über die in Aussicht genommenen beiden Plätze Schützenhof und Bürgerweide, von denen jeder für sich mehr oder minder zur Abhaltung des Festes geeignet ist, berichten sollte. Auch hatte sie bezüglich der Aufbringung eines Garantiekapitals Vorschläge zu machen. Dieser Aufgaben entledigte sich nun die Kommission in einer am letzten Mittwoch abgehaltenen zweiten Versammlung. Es entspann sich vorzüglich über die Wahl des Festplatzes eine sehr interessante Diskussion, die mit dem Beschluß endete: sich erst Kostenanschläge von jedem der Plätze von der Kommission machen zu lassen. Erst nachdem dies geschehen, soll eine definitive Wahl stattfinden und dann das jetzige Zentralkomitee gemeinschaftlich mit dem Bundesvorstand mit einem Aufrufe zur Zeichnung von Aktien unter Vorlegung des Finanzplanes an die Öffentlichkeit treten.

Berlin, 28. Nov. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ theilt die Antwort mit, welche Sr. Maj. der König am 26. d. M. der Abordnung der „patriotischen Vereinigung“ gab, welche ihm die Adresse dieses Vereins überreichte. Der König antwortete etwa Folgendes:

„Alles, was Sie in Ihrer Ansprache und in der eben vorgelesenen Adresse hervorgehoben haben, umfaßt dasjenige, worauf mein Bestreben beständig gerichtet gewesen ist. Es freut mich, daß Sie zusammengetreten sind, um meine nur zu oft entstellten Absichten dem Volke klar zu machen. Dagegen schmerzt es mich, es auszusprechen zu müssen, daß gerade in der Residenz eine Verwirrung der Gemüther sich geltend macht, welche eine klare Ansicht der Dinge nicht aufkommen läßt. Sie haben mit Recht die Reorganisation der Armee als mein eigenes Werk bezeichnet, wie ich schon wiederholt ausgesprochen habe. Ich habe manche Modifikation eintreten lassen, soweit dies geschehen konnte, ohne das Prinzip anzugeben, von welchem ich nicht lassen werde; ich habe daher das große Opfer gebracht, die Vollendung desselben länger hinauszuschieben, und Beschränkungen eintreten zu lassen, um es möglich zu machen, daß keine neue Lasten dem Volke auferlegt, vielmehr bestehende erleichtert würden. Sie meinen, daß die Krisis, in der wir leben, eine hoffentlich kurze sein werde. Ich wünsche Ihren Bemühungen den besten Erfolg, kann aber diese Hoffnung nicht theilen. Die Versicherung gebe ich jedoch, daß, wie auch immer die Sachen

sch wenden mögen, die Zeit mich fest finden wird, und daß ich dem Parteitreiben mit Ruhe und Besonnenheit entgegenzutreten werde. Auch von Ihnen erwarte ich, daß sie dahin wirken werden, die Meinung im Publikum zu bessern; denn die Presse ändert nichts in diesem Sinne, vielmehr mißbraucht sie vielfach die Freiheit, welche ihr in so reichem Maße geboten und nie verkümmert worden ist; sie richtet einen Schaden an, welcher durch die Gutgesinnten auf demselben Felde schwer zu heilen ist. Alle Worte, die hier gesprochen werden, kommen in die Öffentlichkeit, und ich bin damit wohl zufrieden; aber sie werden gefühllos entgegnet. Ich kann Vieles ertragen, weil ich über den Parteien stehe; aber einen Fall muß ich nennen, der mich auf's Tiefste schmerzt und erschüttert hat. Die Berliner Presse hat sich so weit vergriffen, daß sie die Worte aus einem geistlichen Gesange, der in Aller Munde und Herzen ist — „Gott sitzt im Regimente“ —, bei Erwähnung der Anrede eines Geistlichen mißbraucht hat, als wenn meine Person zur Gotttheit gemacht werden sollte. Man sollte nicht meinen, daß eine solche Entstellung in Preußen möglich sei, da sie nur darauf berechnet sein kann, das Volk glauben zu machen, der König denke an solche Deutungen! Schwer wird es deshalb Ihnen werden. Ihr vorgesehener lobenswerther Brief zu erreichen; ich wünsche Ihnen dazu Glück und vor Allem Mut!

Die „Leiz. Ztg.“ (ein der „Kreuz-Ztg.“ geistverwandtes Blatt) bringt in einer Berliner Korrespondenz folgendes merkwürdige Gesandtschafts-  
Selbst in der höhern Regierungssphäre scheint man nachgerade der Ansicht sich zuzuwenden, daß die fortgesetzte Darbringung von Ergänzungsadressen doch nicht weiter führen könne, weil, so lobenswerth dieselben auch an sich sind und bleiben, sie doch in der Hauptsache eines derart zahlreichen Parteirückhalts entbehren, daß eine weitergehende politische Aktion davon zu erwarten wäre. Ein offenes Wort, welches nützlich ein Mitglied einer solchen Ergebnisdeputation an den König selbst zu richten gewagt hat, soll auf denselben nicht ohne tiefem Eindruck geblieben sein.

Dieses Mitglied soll ein Hr. v. Kalkreuth gewesen sein, ein Mann von durchaus konservativer Gesinnung.

Der Kronprinz und die Kronprinzessin verlassen nach einer hier eingegangenen Nachricht, am Sonntag Rom und begeben sich von dort zunächst nach Florenz; nach einem mehrtägigen Aufenthalt wollen die hohen Herrschaften über Verona, Triest, die Rückreise nach Berlin fortsetzen. — Die „Stern-Ztg.“ druckt einen Artikel des Wiener „Botschafters“, ab, der die Sendung des Feldjägers nach Kassel in einer allerdings das gewöhnliche Maß der Rücksichtslosigkeit bedeutend überschreitenden Weise behandelt und meint, eine solche Sprache beweise das Grundlose der Versicherung, daß der „Botschafter“ in unmittelbarer Beziehung zu dem österreichischen Ministerium oder einzelnen Mitgliedern desselben stehe. — Der preussische Feldjäger-Kentnant, der die Depesche des Hrn. v. Bismarck in Kassel übergeben hat, ist Hr. v. Dombrowsky. — Das Kriminalgericht verhandelte heute wiederum verschiedene Prozesse. Der Redakteur der „Berliner Abendzeitung“, Thieme, war angeklagt, durch einen in der Nr. 236 enthaltenen Leitartikel, „Engländer und preussische Aristokratie“, gegen den preussischen Adel zu Haß und Verachtung angereizt zu haben. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung. Vernichtet wurde die Nr. 292 des „Bund“, wegen Beleidigung des Staatsministeriums, und verhandelt wurde gegen die „Hamburger Reform“ und den „Londoner Punch“, unter Anschluß der Öffentlichkeit, wegen Majestätsbeleidigung.

Berlin, 30. Nov. An maßgebender Stelle sind jetzt mehrfache Erörterungen über Landtags-Fragen im Gange. Vorzugsweise wird über die Militärfrage verhandelt. Dem Vernehmen nach hat der Vortrag, zu welchem am Freitag der Kriegsminister v. Roon vom Könige empfangen wurde, die Behandlung der Militärfrage auf dem nächsten Landtag zum Gegenstand gehabt. Auch die Ministerkonferenzen sind jetzt hauptsächlich den Landtags-Angelegenheiten gewidmet. Das hier verbreitete Gerücht, der Graf v. Zhenpliz werde definitiv das Handelsministerium übernehmen und im landwirtschaftl. Ministerium den früheren Oberpräsidenten v. Puttkamer zum Nachfolger erhalten, begegnet von mehreren Seiten einem lebhaften Widerspruch. Wie wir aus meist guter Quelle erfahren, ist es allerdings nicht ganz unwahrscheinlich, daß der Graf Zhenpliz an die Spitze des Handelsministeriums treten werde. Dagegen sollen für die Uebertragung des Ackerbau-Ministeriums an Hrn. v. Puttkamer bis jetzt keine Wahrscheinlichkeitsgründe sprechen. — Der Ministerpräsident von Bismarck empfing vorgestern den aus Brüssel hier eingetroffenen russischen Gesandten am belgischen Hofe, Fürsten v. Dr. Loff. Der Fürst, welcher einige Tage hier verweilt hat, ist gestern Abend nach St. Petersburg weiter gereist. Gleichzeitig hat auch der bisherige Vertreter Russlands am belgischen Hofe, Baron Budeberg, Berlin verlassen, um sich auf seinen Botschafterposten nach Paris zu begeben. Im Lauf des gestrigen Tages empfing Hr. v. Bismarck mehrere Mitglieder des diplomatischen Korps, namentlich die Gesandten von Oesterreich und Bayern, sowie den Vertreter des Königs Viktor Emanuel, Grafen v. Lamhay. — Bekanntlich brachte vor einigen Tagen die ministerielle „Sternzeitung“ unter Bezugnahme auf einen früheren Vorgang Andeutungen über regierungsfeindliche diplomatische Einwirkungen auf die Presse. Diese Äußerung, welche hier viel Aufsehen gemacht hat, soll, wie mehrseitig berichtet wird — hauptsächlich die italienische und die belgische Gesandtschaft betreffen. Man bezeichnet namentlich auch einen hiesigen Korrespondenten der „Rölnischen“ und der „Schlesischen Zeitung“ als den Vermittler solcher gesandtschaftlichen Einflüsterungen. — Mit einer Ausnahme werden in dieser Woche die seit vierzehn Tagen versammelten Provinziallandtage ihr Ende erreichen. Nur der in Merseburg vereinigte Landtag der Provinz Sachsen dürfte wegen der Massenhaftigkeit der von ihm zu erledigenden Geschäfte erst in der nächsten Woche zum Schluß gelangen.

Wien, 27. Nov. Das Polizeiministerium hat dem in Brüssel erscheinenden Blatt „Le Nord“ den Postdebit in den österreichischen Staaten wieder bewilligt, wodurch das bisher bestandene Verbot dieses Blattes außer Kraft gesetzt wird.

Wien, 29. Nov. Wie die „Ostdeutsche Post“ vernimmt,

wurde in der letzten Ministerrathssitzung der Vorschlag beraten, die Eröffnung der Landtage bis auf den 18. nächsten Monats zu vertagen, während heute der definitive Beschluß gefaßt worden sein soll, den Eröffnungstag sämmtlicher Landtage auf den 10. Jan. 1863 zu verschieben, um so beiden Häusern des Reichsrathes Zeit zu verschaffen, über die Bankakte noch vor Abschluß dieses Jahres zu einer Verständigung zu gelangen. — Ueber den Schluß der Reichsrathssession zirkuliren verschiedene Gerüchte; so verlautet, daß der Kaiser die Mitglieder der beiden Häuser in feierlicher Weise empfangen werde. Vorher sollen dieselben jedoch noch für einen Abend in die kaiserl. Burg geladen werden. Auch die Abgeordneten selbst gedenken sich noch vor ihrem Auseinandergehen zu einem freundschaftlichen Abschiedsmahle zu versammeln, dem jedoch jeder offizielle Charakter fern bleiben soll, weßhalb dergleichen Koasite von vornherein ausgeschlossen wurden. — Obwohl das Abgeordnetenhaus der jüngsten Rede des Dr. Loman über die traurige Lage der Württembergischen Provinz wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat, so dürfte dieselbe doch nicht ganz vergessen geblieben sein. Wie die „Neuest. Nachr.“ aus guter Quelle vernimmt, denkt man in Regierungskreisen ernstlich daran, in dieser Sache Etwas zu thun, und soll schon demnächst eine eigene Kommission zusammengelegt werden, die berufen wäre, gründliche Erhebungen zu pflegen und die bezüglichen Vorschläge zu machen.

Wien, 30. Nov. Die Verständigung mit Ungarn hat, so weit dabei die Parteien in Frage stehen — denn unter der Bevölkerung hat die Ueberzeugung von der Möglichkeit und der Nothwendigkeit einer solchen Verständigung unlösbar Boden gewonnen — nicht sowohl Fortschritte als Rückschritte gemacht. Die Männer, welche an der Spitze der ungarischen Regierung stehen, und welche sich weniger als Vertrauensmänner und Vertreter des Kaisers, denn als Parteiführer geriren, haben aus den letzten Gnadenakten, welche über Ungarn erlassen sind, statt derselben als Hebel der Versöhnung zwischen Krone und Land zu verwerthen, in unverantwortlicher Weise für ihre Parteizwecke politische Kapital zu schlagen versucht; sie sind damit, weil sie zu früh ihre Karten aufdeckten, vollständig gescheitert. In der That dürfte der „König von Ungarn“ zur Zeit schwerlich einen bedeutungsvollen Freund haben, als seinen eigenen Hofkanzler, insofern derselbe die Verständigung auf Grundlagen zu stellen unternimmt, welche schon jetzt ein vollständiger Anachronismus sind, und welche das Mißtrauen des Landes in die Absichten der Regierung nicht bloß wachrufen, sondern auch rechtfertigen.

Es darf jetzt als feststehend betrachtet werden, daß man den Termin für die Einberufung der Landtage hinausdrücken muß. Das Abgeordnetenhaus freilich ist im Geschäftswesen über die letzten wichtigen Finanzvorlagen hinweggegangen und hat namentlich die Steuererhöhungen mit summarischer Majorität votirt; aber währenddessen hat das Herrenhaus so vollständig gefeiert, daß jetzt das Abgeordnetenhaus aus Mangel an Material nothgedrungen Ferien halten muß. Und doch ist es vielleicht dem Ministerium so am bequemsten, denn es hat zwei Dinge erreicht. Zuwörderst hat es glatt und vollständig in dem zur Eile getriebenen Reichsrath dieselben finanziellen Vorlagen durchgebracht, für deren Annahme noch vor wenigen Wochen sehr wenig Aussicht vorhanden war; sodann aber ist der unvermeidliche und sehr wahrscheinlich heisse Kampf, der ihm auf und mit den Landtagen bevorsteht, auf längere Zeit hinausgerückt, und es kann sich auch gegen die provinzielle Opposition sammeln und organisiren.

H. v. Schmerling soll in Kassel auch eine Mission mehr vertraulicher Art gehabt haben: er soll beauftragt gewesen sein, den Kurfürsten, der sich der geographisch gegebenen Bedeutung Kurpfalzens vollständig bewußt ist, deshalb von beiden Seiten um sich werden sehen möchte, zum rückhaltlosen Anschluß an die österreichische Zollpolitik zu bestimmen.

Italien.

Turin, 28. Nov. Abgeordnetenkammer. Casaromedia liest ein Telegramm vor, welches den Einfall von Hundert Banditen in eine kleine neapolit. Stadt meldet, wo sie viele Gräueltthaten verübt haben! Rattazzi erklärt, daß die städtischen Behörden Mitschuldige der Räubergewesen und deshalb abgesetzt worden seien. Auf Antrag des Ministerpräsidenten ernannt die Kammer eine Kommission, um den Bericht des Generals Lamarmora über das Räuberwesen zu prüfen. Petrucci della Gattina bemerkt, der Sieg der Regierung bei Aspromonte habe Italien vor großen Gefahren bewahrt. Reuber glaubt, daß 25,000 Franzosen an der neapol. Küste gelandet wären, wenn Garibaldi gefestigt hätte. Er billigt die energische Sprache der Note Durando's. „Wir müssen — fügt er bei — Europa zeigen, daß Frankreich durch die Besetzung Roms unsere Rechte beeinträchtigt.“ Petrucci verlangt, daß der Besetzung ein Ziel gesetzt werde. Er zeigt außerdem den Vorschlag an, die Parlamentsession für 1863 in Neapel abzuhalten. Schließlich erklärt er, für die Minister zu stimmen.

Turin, 28. Nov. Die Rede Rattazzi's vom 26. d. liegt nun vollständig vor, und man ersieht daraus, daß dieselbe Stellen enthält, von denen der Telegraph nichts verlaublich hat, obgleich sie ganz darnach geartet sind, nicht wenig zu überraschen. So stellte der Ministerpräsident z. B. in Betreff der Auflösung der politischen Vereine den Satz auf: „Die Verfassung erkennt zwar das Versammlungsgesetz, aber nicht das Vereinsrecht an; letzteres ist nun allerdings ein natürliches Recht, und es mag geadmet werden; da es aber nicht positiv durch's Gesetz anerkannt ist, so bedarf es auch keines ausdrücklichen Gesetzes, wenn das Wohl des Staats und Ruhe und Ordnung die Befestigung dieses Rechts erheischen.“ Man hat behauptet, der Belagerungszustand sei Angesichts der Verfassung nicht zulässig. Doch hat nicht jede Regierung die Pflicht, zeitweilig gewisse Freiheitsrechte zu suspendiren, wenn dies das Wohl des Staats

erheischt? Als Grund, weßhalb er das Parlament nicht sofort einberufen, entgegnete er, „wenn absolute Dringlichkeit, die Deputirten einzuberufen, vorgelegen hätte, so würde dies geschehen sein; denn er habe Alles, was er angeordnet, mit der Ueberzeugung gethan, er thue seine Pflicht.“ Gegen die Beschuldigung, das Cabinet hätte mindestens das Parlament befragen müssen, ob es gerathen sei, den Belagerungszustand zu verlängern, antwortete der Minister, „es sei gefährlich gewesen, die Diskussion auf ein so heißes Terrain zu führen.“ In Betreff der Verhaftung der drei Deputirten in Neapel ergibt sich aus Rattazzi's eigenen Worten, daß Lamarmora keinen Beweis in Händen hatte, sondern einzig und allein auf Grund einer ihm aus Catania von einer „Behörde“, deren Namen man nicht einmal erwähnt, eingegangenen telegraphischen Depesche handelte, worin es hieß: „Die drei Deputirten seien von Catania auch nach drei verschiedenen Punkten abgereist, um dahin das Stichwort Garibaldi's zu tragen.“ Als Lamarmora diese Depesche erhalten und die Deputirten auf dem Abbattucci betroffen habe, ohne daß sie sich in die Passagierlisten hatten eintragen lassen, da „habe er sie für Mitschuldige Garibaldi's halten müssen.“ (Lange Unterbrechung.) Lamarmora telegraphirte nun dem Cabinet sofort, und Rattazzi las diese Depesche vor. Diese Deputirten gehörten zum Generalstab Garibaldi's, und Offiziere hätten ihm angezeigt, diese Herren suchten die Soldaten zu verschleppen. Schließlich äußert Lamarmora in dieser Depesche, „er schäme sich, Leute wie Morbini, Galvino und Fabrizio zu Kollegen zu haben.“ Ein Sturm des Unwillens erhob sich; Rattazzi suchte Lamarmora zu entschuldigen und legt hinzu: „Uebrigens trifft dieser Vorwurf nur Schuldige, und wenn diese Deputirten ihrer Pflicht nicht untreu geworden, so haben sie auch kein Recht, sich für beleidigt zu halten.“

Ueber die gegenwärtige Stellung des heil. Stuhles zu Frankreich wird aus Rom, 22. Nov., der „Allg. Ztg.“ gemeldet, daß das päpstliche Cabinet zwar mit großer Befriedigung und Anerkennung die Garantie der Unverletzlichkeit des Kirchenstaates aufgenommen hat und Alles anbietet, jede feindliche Kollision zwischen den Regierungen beider Staaten nach Kräften zu vermeiden, aber auch mit Bestimmtheit die Restauration der usurpirten Provinzen erwartet.

Turin, 28. Nov. Die „Monarchia Naz.“ glaubt, daß das Resultat der gegenwärtigen Diskussionen die Auflösung der Kammer als das Ergebnis einer Lage sein werde, aus der kein Minister, ohne das Land zu befragen, heraustreten könne.

Turin, 29. Nov. Abgeordnetenkammer. General Durando, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, antwortet den Gegnern des Cabinets, die ihn angeschuldigt haben, das Bündniß mit Frankreich als ausschließliche Grundlage seiner Politik genommen zu haben. Wir sind, sagt er, mit England in mehreren Punkten einverstanden. In Bezug auf die römische Frage glaubt diese Macht, daß den Römern die Freiheit gelassen werden soll, ihren Willen auszudrücken. England glaubt, daß die Besetzung Roms durch Frankreich gefährlich ist; doch will es in dieser Frage wegen ihrer religiösen Seite keinen zu unmittelbaren Antheil nehmen. Wenn die römische Frage nicht vorgeschritten ist, so ist sie auch nicht zurückgegangen; sie befindet sich auf dem Weg, den es ihr allein möglich war, zu betreten. Der Minister erinnert an die von Cavour und Ricasoli mit Rom eingeleiteten Verhandlungen. Er sagt, daß seit seinem Eintritt in's gegenwärtige Cabinet derselbe überzeugt gewesen, es sei von Unterhandlungen mit Rom Nichts zu hoffen, und man müsse sich an Frankreich wenden. Die ersten Ergebnisse der mit Frankreich angeknüpften Verhandlungen waren die von letzterem an die römische Regierung gerichteten Mittheilungen. Garibaldi's Aufstand, der in den letzten Monaten ausgedrohen, hatte diese Verhandlungen unterbrochen, welche erst nach den Vorfällen bei Aspromonte wieder aufgenommen wurden. Hr. Drouyn de Lhuys erklärt in seiner letzten Note, daß er unsere Vorschläge mit Wohlwollen und Sympathie aufnehmen werde. Ich hatte als Antwort darauf eine Note abgefaßt, die aber nicht abgedruckt wurde, da das Cabinet beschloß, man müsse das Urtheil des Parlaments abwarten. Die römische Frage befindet sich auf dem einzigen Wege, der zum Ziel führen kann. Noch ist es nicht Zeit, zu sagen, welches dieser Weg ist. Wir wollen uns mit dem heil. Stuhl aussöhnen, aber das einzige Hinderniß dieser Aussöhnung ist die französische Besetzung. Wenn Sie erfahren werden, was sich zugetragen hat, so werden Sie anerkennen, daß ich dem Lande stets die Wahrheit gesagt habe.

Turin, 29. Nov. Abgeordnetenkammer. Der Abg. Conforti gibt einige Aufklärungen über seinen Austritt aus dem Ministerium. Er spricht von seinem Gesetzentwurf in Bezug auf die Mißbräuche unter der Geistlichkeit. Conforti bekennt sich wie Cavour zum Prinzip der Freiheit der Kirche, aber dieses Prinzip könne nicht völlig zur Ausführung kommen, so lange der Papst die weltliche Gewalt bewahre. Man müsse die bürgerliche Gesellschaft gegen die Verschwörungen der hohen Geistlichkeit beschützen. Der Gesetzentwurf hatte zum Zweck, die patriotisch gesinnte Geistlichkeit zu beschützen.

Turin, 30. Nov. Die „Italia“ berichtet, das Cabinet habe seine Entlassung eingereicht. — Morgen wird dem Parlament eine Mittheilung gemacht werden, welche bestimmt ist, die öffentliche Meinung in Betreff der römischen Frage aufzuklären.

Frankreich.

Paris, 29. Nov. Der letzte Ministerrath war wie man berichtet, sehr stürmisch. Das Verhalten Englands in der griechischen Angelegenheit wurde von mehreren Mitgliedern auf's heftigste angegriffen, ja man behauptet, daß einige Minister ihre Entlassung anboten, falls der Kaiser sich nicht entschließen würde, in dieser Frage eine entschiedene Politik einzuschlagen und das Stillschweigen zu brechen, welches bisher beobachtet wurde. Es ist in der That auffallend genug, daß der „Moniteur“ über die Kandidatur des Prinzen Alfred, sowie über die Sympathiebezeugung

gen, deren Gegenstand er in Griechenland ist, bis jetzt vollständig geschwiegen hat. — Der „Constitutionnel“ versucht es heute, die von auswärtigen Blättern gebrachten schlimmen Nachrichten aus Mexiko zu widerlegen, und dem Vernehmen nach wird der „Moniteur“ selbst morgen einen Bericht veröffentlichen, um die Lage der Dinge in möglichst günstigem Lichte zu schildern. Was dieser Bericht enthalten wird, läßt die Note der „France“ von heute Abend bereits voraussehen. Darnach hätte der General Forey bei seiner Abreise nach Orizaba ein Truppenkorps unter General v. Bertier gebildet, welches die Straße von Jalapa einschlug, und nach sechsstägigem Marsch am 30. Okt. zu Puente-Nacional, ungefähr 40 Kilom. von Vera-Cruz, anlangte. Diese 8000 Mann starke Heereskolonne fand schlechte Straßen, konnte jedoch, obwohl langsam, unter guten Bedingungen vorrücken, und bei Abgang der letzten Nachrichten war die Lage der Truppen sehr befriedigend. Der Gedanke des Generals Forey, seine Armee auf den beiden Straßen von Jalapa und Orizaba vorzuschleichen, sei vortrefflich. Von Puebla aus, wo die beiden Straßen sich vereinigen, sollen die zwei Korps gemeinschaftlich gegen Mexiko vordringen. Uebrigens hat auf dieser mexikanischen Expedition von Anfang an ein Unstern. Nach einer hier eingetroffenen Depesche ist die Korvette „Chapal“ an der mexik. Küste gescheitert. Die Bemannung, fügt die Depesche bei, konnte leicht die Küste gewinnen. Auch noch andere Schiffe sind an Sturm angerichtet. (S. letztes Blatt: Vera-Cruz.) — Der Ministerrat wird sich morgen, Sonntag, abermals zu einer außerordentlichen Beratung unter Vorsitz des Kaisers versammeln.

Aus Turin erfahren wir, daß eine Versammlung von Mitgliedern der verschiedenen Fraktionen der Rechten und der Linken des Parlaments abgehalten und beschlossen wurde, die Auflösung der Kammer, mit welcher Kattazzi drohte, für den Augenblick zu vermeiden und Letztern am Ruder zu lassen, wenn das Kabinett eine Modifikation, die nach beiden Seiten hin befriedigt, erfassen würde. Der Austritt Papollis, welcher sich, wie es scheint, das Mißtrauen aller Parteien zuzug, soll angeblich als erste Bedingung aufgestellt worden sein. — Fürst de la Tour d'Auvergne wird nächsten Dienstag nach Rom abreisen; er nimmt ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers an den Papst mit, worin die Versicherungen, daß die französischen Truppen in Rom bleiben werden, so lange irgend welche Gefahr droht, auf's formlichste erneuert werden. Hr. Billault äußerte dieser Tage halb ernst, halb scherzend gegen einen seiner Freunde: „Wenn ich bis zur nächsten Session noch Sprechminister bin, so werde ich dieses Mal wohl eine ganz merkwürdige Rede halten müssen.“ — Die Börse eröffnete günstig. Rente zu 70.35. Mob. 110.25. Ital. Anl. 71.35. Nach der Prämienantwortung jedoch trat eine Reaktion ein, welche durch die Gerüchte über Mexiko und durch die Bestätigung der Nachricht von einer Landung der Engländer auf Venosa beschleunigt wurde. Rente fiel rasch auf 70.05, Mob. auf 107.5, ital. Anl. auf 71.

\* Paris, 30. Nov. Die „Presse“ meldet, daß morgen ein Ministerrat gehalten werde, der durch die Depeschen des Gesandten zu London über Griechenland und durch einen Vorschlag Russlands hervorgerufen sei. Rußland schlage der kaiserl. Regierung vor: eine gemeinschaftliche Note an England zu erlassen; wenn diese es abschläge, werde Rußland allein ein Manifest erlassen. Die „France“ glaubt, daß das englische Kabinett seine Ideen bezüglich Griechenlands modifizieren werde, indem sie hinzufügt: Frankreich könne nicht dulden, daß aus dem Mittelmeer ein englischer See werde.

Ueber die Antwort der württembergischen Regierung auf die preussische Note wegen des Handelsvertrags mit Frankreich läßt sich der „Constitutionnel“ folgendermaßen äußern:

Hr. v. Hügel macht Hr. v. Bismarck seinerseits den Vorwurf, den Zollverein auflösen zu wollen. Möge es uns erlaubt sein, zu sagen, daß diese gegenseitigen Anklagen die Frage nicht weiter bringen. Die Regierungen des Südens würden wohl daran thun, sich auf den Standpunkt der wirklichen Thatfachen und nicht auf den politischen Vorurtheile zu stellen. In Vereinen jedweder Art muß die Minorität der Majorität nachgeben. Die Mehrzahl der Zollvereins-Staaten ist dem Vertrag beigetreten; der Süden selbst ist in zwei Lager getheilt; es bleibt also nur eine unbedeutende Minderheit übrig, welche sich dem allgemeinen Wunsche entgegenstellt. Es ist weber gerecht noch klug von dieser Minderheit, den Andern Vorschriften machen zu wollen. Der preussisch-französische Handelsvertrag beruht auf Grundrissen, die den Interessen der Völker zu sehr entsprechen, als daß über seine definitive Annahme ein Zweifel entstehen könnte. Alles, was Württemberg erlangen kann, ist, deren Durchführung bis zum Jahr 1865 hinauszuschieben, wo die gegenwärtigen Zollvereins-Verträge ablaufen. Es ist unnützig, auf die schwere Verantwortlichkeit hinzuweisen, welche ein solches Verfahren auf die Regierungen Süddeutschlands wälzen würde, und daß sie sich am Vorabend der Erneuerung der Verträge mit Preußen in eine nachtheilige Lage bringen würden.

Nach der „Patrie“ veranstalteten die angesehensten Griechen in London ein Banket zu Ehren der Kandidatur des Prinzen Alfred, zu dem Lord Palmerston und alle Minister, der Lordmayor, die bedeutendsten Parlamentsmitglieder u. eingeladen sind. Die meisten Eingeladenen haben zugestimmt, doch erwartete man noch die Antwort der Minister. Die griechischen Konsulate haben nun sehr umfassende Instruktionen über die von ihnen im Ausland vorzunehmenden Abgeordneten erhalten.

### Rußland und Polen.

St. Petersburg, 30. Nov. (W. L. V.) Das „Journal de St. Petersburg“ bringt einen Artikel, in welchem es heißt: „Wir können bestätigen, daß Rußland keinen Augenblick daran gedacht hat, von dem Prinzip des Londoner Protokolls abzuweichen, welches die Mitglieder der Familien der Schuzmächte vom griechischen Thron ausschließt. Rußland hat eine entsprechende Erklärung schon am 19. Okt., also noch früher als England, abgegeben.“

Warschau, im Nov. Die in Paris erscheinende polnische Zeitschrift „Bagnose“, das Organ Mieroslawski's, enthält in einer ihrer letzten Nummern einen vom sogenannten polnischen Zentral-Nationalkomitee erlassenen Aufruf an alle ehemals polnischen Landesheile, in welchem zur Beschleunigung der nationalen Organisation zum Zweck des Aufstandes aufgefordert wird. Dieser Aufruf verdient insofern besondere Beachtung, als in ihm der Operationsplan der polnischen Agitationspartei offen dargelegt wird, wie folgende Stelle belegt:

Indem die Nationalorganisation die Nation im Ernst der Trauer und der Enthaltung von allen ihrer Lage unangemessenen Vergnügungen erhält und alle ihre Kräfte auf das eine Ziel der politischen Einigung konzentriert, beugt sie jeder Verständigung mit dem Feinde vor, organisiert gegen ihn die offene und geheime Opposition, und beutet alle seine Positionen zum Vortheil des Aufstandes aus, sei es durch Widerstand oder durch Agitation, deren Gestalt und Richtung sie nach den Umständen verschieben bestimmt. Ueberzeugt, daß die Unabhängigkeit des Landes nur durch Bewaffnung errungen werden kann, sammelt die Nationalorganisation Selbstmittel durch Auslegung einer allgemeinen Landessteuer, ermöglicht die Bewaffnung der Nation durch Anschaffung von Waffen und durch Errichtung von Niederlagern derselben im In- und Auslande, zieht im Kriegsbandwert geübte Männer herbei, und versetzt das Land in eine Lage, die es ihm möglich macht, im gegebenen Augenblick sofort mit Energie und mit der Hoffnung auf Erfolg zum allgemeinen Aufstand zu schreiten. Indem die Organisation die ganze Nation umfaßt, umfaßt sie auch die polnische Emigration, und wird bemüht sein, letztere in den Stand zu setzen, im gegebenen Augenblick der Sache der Unabhängigkeit im Lande selbst zu dienen. Die Nationalorganisation knüpft Verbindungen an mit den benachbarten Nationen, namentlich mit der slavischen, die nach Abschüttelung des Jochs der Fremdherrschaft ringen, und ist bemüht, unter denselben, besonders in Rußland, Agitationen und endlich eine bewaffnete Bewegung hervorzurufen, die geeignet ist, den Feind zu schwächen und zu neutralisieren, und auf diese Weise der allgemeinen Sache der Freiheit den Sieg zu erleichtern.

### Großbritannien.

\* London, 28. Nov. Gleich der gestrigen „Times“ äußern sich andere Blätter voll Sympathie für das erstarkende konstitutionelle Leben in Oesterreich, namentlich der „Globe“, die „North British Review“ und sogar der „Aberdeen“ — Der „Globe“ bringt einen Protest der in den neapolitanischen Gefängnissen sitzenden politischen Angeklagten. Sie protestieren gegen ihre Behandlung als eine schreiende Ungerechtigkeit. Mehr als ein Jahr seien sie verhaftet, ohne daß sie ein Verhör gehabt hätten. Abgesehen von dem Schmutz des Gefängnisses und ihrer dürftigen, ungesunden Nahrung suche man ihnen durch die abscheulichsten Foltern Geständnisse zu erpressen. Man habe sie grausam geschlagen, ihnen Urath in den Mund gesteckt, daß sie beinahe erstickten, und andere unbeschreibliche Qualen angehtan. — Aus Quebec, 15. Nov., telegraphirt man, daß in Toronto ein unter dem Namen Rostu Hotel bekannter großer Häuserkomplex, der übrigens stark verfallend war, niedergebrannt ist. Es kamen dabei mehrere Menschen ums Leben. — Der „Globe“ erklärt die Angabe französischer Blätter, daß ein großes britisches Geschwader nach dem Piräus segeln soll, für unwahr. — Conf. 93 3/4 — 7/8.

### Amerika.

\* Neu-York, 15. Nov. (Per „Glasgow“.) Spezialdepeschen aus Washington melden, daß die Südliden den Throntrumpf und den Chesterpaf im Rücken von Burnside's Armee mit Macht besetzt haben. Man fürchtet sehr, daß Stonewall Jackson abermals eine Invasion Pennsylvaniens im Schilde führt. General Beauregard hat allen Nichtkämpfern in Charleston angezeigt, daß sie die Stadt verlassen müssen. Die Nachricht, daß das gelbe Fieber in Charleston wüthet, findet keinen Glauben und ist, wie man vermuthet, absichtlich ausgebreitet, um die Yankees zu täuschen und von einem Angriff auf die Stadt abzuhalten. Im Neu-Yorker Zollamt ist man gegen Betrügereien auf die Spur gekommen; die durch Abkantung zwischen den Zollschreibern und Importeuren begangenen Unterschleife sollen sich auf beinahe 1 Mill. Doll. belaufen. — Die Kaufleute und Bankiers von Neu-York veranstalten eine Petition an den Kongreß gegen das Finanzsystem des Hrn. Chase. Die Unterzeichner erklären, daß dieses System bald einen unabweislichen Schrecken unter allen Geschäftsleuten hervorrufen, wo nicht den nationalen Kredit ganz zerstören werde.

\* Neu-York, 15. Nov. Die südstaatlichen Blätter behaupten, daß General Lee einige Meilen von Richmond sein Winterquartier beziehen werde. Die Südliden sind bei Moorfield in der Hardy-Grasshage in Virginien geschlagen worden. Nach halbamtlicher Anzeige sind die W'Gellan's Entfernungen keine Entlassungsgeluche von Offizieren eingereicht worden; aber Offizieren, welche austreten wollen, wird man keine Schwierigkeiten machen. Man glaubt nicht, daß General Fremont ein Kommando im Felde erhalten wird. Die künftige Finanzpolitik der Unionsregierung beschäftigt die allgemeine Aufmerksamkeit sehr. Eine Petition, die an den Kongreß vorbereitet wird, empfiehlt dringlich die Ausgabe von 20 Jahre laufenden Obligationen im Betrage von 50 Doll. und darüber. Diese Obligationen sollten 4 1/2 Proz. tragen, eine legale Währung sein und von der Regierung zur Tilgung aller Schulden und zur Einlösung der bestehenden legalen Währung verwendet werden.

\* Neu-York, 18. Nov. (Per „Hammonia“.) Der südstaatliche Gouverneur von Nordkarolina hat die vorgeschlagene Konferenz mit den Unionsgouverneuren abgelehnt und erklärt, daß Nordkarolina bis zum letzten Blutstropfen fechten werde. Er verwies den Unionsgouverneur an die südstaatlichen Behörden von Richmond. Burnside hat seine Operationsbasis nach Aquia-Creek verlegt, um von dort über Fredericksburg gegen Richmond vorzurücken. Ueber Stonewall Jackson's Bewegungen gehen viel Gerüchte, aber man weiß nichts Bestimmtes. McClellan wird gedrängt, als demokratischer Senatskandidat für Neu-Jersey

aufzutreten. Das Vergehen der zwei verhafteten Stabsoffiziere war Abwesenheit ohne Urlaub.

\* Neu-York, 18. Nov. Abends. Burnside hat bekanntlich die Potomac-Armee in 3 große Divisionen getheilt. General Sigel soll ein Reservekorps befehligen. Die von Neu-Orleans abgegangene unionistische Expedition hat, nach einem erfolgreichen Scharmügel bei Labandeville, Thibordeaux ohne Widerstand besetzt. Admiral Ryan ist mit einem französischen Geschwader von 3 Schiffen in Neu-Orleans. Viele Franzosen kamen in Prozession, um ihm ihre Aufwartung zu machen. General Butler stattete ihm einen amtlichen Besuch an Bord des „Catinat“ ab. Eine kleine unionistische Regerruppe ist von Port Royal ins Innere gerückt. Sie soll sich in mehreren Scharmügeln gut gehalten haben.

### Baden.

\* Pforzheim, 30. Nov. Hr. Prof. Dr. Eckardt hat gestern Abend im hiesigen Museumsaal seine Vorträge über Aesthetik vor einer sehr zahlreichen Zuhörerchaft begonnen.

\* Pforzheim, 30. Nov. Wir müssen einer sehr edlen Handlung erwähnen, die hier jüngst von unbekannter Seite ausgegangen ist. Es wurde nämlich dem Bezirkserheber des Pestalozzi-Vereins durch Vermittelung des Hrn. Diakonats Gese die Summe von 200 fl. übermacht, mit der Bestimmung, dieselbe der Kasse des genannten Vereins zuzuführen. Bekanntlich ist der Zweck des Pestalozzi-Vereins, den hinterlassenen Volksschullehrer-Witwen oder Waisen beim Ableben eines dem Verein angehörigen Lehrers ein Sterbengeld zukommen zu lassen. Die lobenswerthen Bestrebungen dieses Vereins haben hier auch schon mehrlache Unterstützung gefunden. So wurden namentlich in letzter Zeit in Folge der Bemühungen des hiesigen, sehr thätigen Bezirkserhebers, sowie mancher anderen hiesigen Vereinsmitglieder von Einwohnern unserer Stadt verschiedene Gaben geliefert, um eine Lotterie zu veranstalten, deren Erträgniß der Kasse des Pestalozzi-Vereins bestimmt sein soll. — Seit einigen Wochen weist hier ein Prediger der Methodistenkirche, nämlich ein Hr. S. zur Jakobsmühle, der je am Sonntag in einem hiesigen Privatlokal religiöse Vorträge hält. Wir zweifeln übrigens, daß der Sendling hier viele Proselyten machen wird. Eigenthümlich aber ist immerhin, daß Sektierer aller Art die hiesige Gegend als einen fruchtbaren Boden ihrer Bestrebungen halten. Voriges Jahr war ein Mormonenprophet vom Saßsee in der Nähe, und bekannt ist, daß die Vorkämpfer der Allüberaner milderer und strengerer Richtung in unserm Bezirke sich um den Sieg herumstritten. — Da ich doch auf das kirchliche Gebiet zu sprechen kam, so will ich bemerken, daß die Uebertragung der zweiten Diakonatsstelle bahier an einen der freieren Richtung angehörigen Geistlichen, den Hrn. Diakonats Hausler hier, mit vieler Befriedigung aufgenommen wurde.

Enzingen, 28. Nov. (Frbgr. Ztg.) Die Sammlung von Gaben zu einem Wessenberg's-Denkmal fand auch hier Anhang, und wurde heute von der Bevölkerung unserer Stadt ein entsprechender Beitrag an das Zentralkomitee nach Konstanz abgesendet.

Freiburg, 29. Nov. (Frbgr. Z.) Heute früh 8 Uhr ist der hiesige städtische Registrator, Grund- und Pfandbuchführer Wilhelm Fischer, früherer vieljähriger Distriktsnotar dahier, nach kurzem Krankheitslager im Alter von 54 Jahren gestorben. In ihm verliert die hiesige Stadt einen sehr treuen, gewandten, aufmerksamen und beliebten Beamten, der sich die allgemeinste Achtung zu erwerben wußte. Er war Vorstand der Hilfsanstalt der Distriktsnotare, die vorzugsweise durch seine Thätigkeit ins Leben gerufen, seit den wenigen Jahren ihres Bestehens den Hinterbliebenen seiner Standesgenossen schon manchen Kummer gelindert hat.

### Vermischte Nachrichten.

Ludwigshafen, 30. Nov. (W. L. V.) Am morgigen Tage wird unter der Leitung des technischen Direktors der Aktienbrauerei, Hrn. Georg Fischer sen., der erste Brausub in das Werk gesetzt.

Augsburg, 29. Nov. Gegen 100 Personen traten heute unter der Leitung des Hrn. v. Kestorf zur Gründung eines großdeutschen Vereins, beziehungsweise Anschluß an den deutschen Reformverein zusammen. Man beschloß, sich dem in München bestehenden Verein mit den 8 Punkten seines Programms anzuschließen.

Frankfurt, 29. Nov. (Südd. Ztg.) Nach der Schlussrechnung des Schützenfestes bleiben 80,000 fl. ungedeckt. Davon wird das Aker laut früherer Zusage 5000 fl. zahlen; 25,000 fl. durch den Ortan vom 6. Juli veranlagte Unkosten werden ebenfalls vom Staat getragen. Es bleiben sonach 50,000 fl., welche von den Zeichnern des Garantiefonds zu decken sein werden.

Koburg, 28. Nov. (Südd. Z.) Die Königin Viktoria hatte bei ihrer letzten Anwesenheit in der hiesigen Stadt den Wunsch geäußert, daß das Alberts-Denkmal in der Mitte des großen Markplatzes aufgestellt werden möge. Durch das Staatsministerium hat nunmehr der Herzog dem Komitee eröffnen lassen, daß er mit der Wahl dieses Platzes einverstanden sei und seinerseits ein eisernes Geländer mit Gasandabern zum Denkmal beitragen wolle.

Berlin, 29. Nov. Der Generalintendant v. Hülsen hat als Präsident des deutschen Bühnenvereins gestern an alle Vereinsbühnen folgende Bekanntmachung ergehen lassen: „Nach einer Mittheilung der Generalintendantur des kurfürstl. Hoftheaters zu Kassel ist der Kontraktbruch des Sängers Theodor Wachtel gegen die genannte Hofbühne durch Vergleich erledigt und daher für erloschen erklärt.“

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 2. Dez. 4. Quartal. 133. Abonnementsvorstellung. Zur Vorfeier des Allerhöchsten Geburtsfestes Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Großherzogin Luise, bei festlich beleuchtetem Hause: **Der fliegende Holländer**; romantische Oper in 3 Akten, von Richard Wagner.

### Theater in Baden.

Mittwoch 3. Dez. **Treue Liebe**; Schauspiel in 5 Akten von Eduard Devrient.

3.9.261. Karlsruhe.

### Bekanntmachung.

Den direkten Güterverkehr mit der Königlich Württembergischen Staatsbahn betr.  
Mit höherer Genehmigung und im Einverständnis mit der Königl. Württembergischen Eisenbahnverwaltung wird vom 3. Dezember l. J. anfangend im direkten Verkehr zwischen Mannheim einer- und bei Verbindungsstationen der Württembergischen Bahn andererseits für den Transport von Langholz, Nutzholz und Steinen in der Richtung nach Mannheim und für den Transport von Steinkohlen und Coaks in der Richtung von Mannheim ein neuer ermäßigter Tarif in Anwendung kommen.  
Bei den Güterexpeditionen in Mannheim werden von diesem neuen Tarif auf Anforderung einzelne Exemplare unentgeltlich abgegeben.  
Karlsruhe, den 25. November 1862.  
Direktion der großh. Verkehrsanstalten.  
S i m m e r.  
Salzmann.

3.9.283. Karlsruhe.

### Bekanntmachung.

Den direkten Güterverkehr im Mitteldeutschen Eisenbahnverbande betr.  
Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Stationen der Weichthalbahn **Vörrach** und **Schöpsheim** mit dem 1. Dezember l. J. unter die Zahl der Verbindungsstationen für den direkten Güterverkehr im Mitteldeutschen Eisenbahnverbande aufgenommen werden.  
Ueber die hier in Anwendung kommenden direkten Tariffätze wird bei den diesseitigen Verbindungsstationen nähere Auskunft erteilt.  
Karlsruhe, den 29. November 1862.  
Direktion der großh. Verkehrsanstalten.  
S i m m e r.  
Salzmann.

3.9.383. Karlsruhe.

### Bekanntmachung.

Die Eröffnung des regelmäßigen Güter- und Viehtransportes auf der **Karlsruher Rheinbahn** betreffend.  
Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß am **4. Dezember l. J.** auf der Bahnstrecke **Karlsruhe-Mannheim** (Karlsruher Rheinbahn) der regelmäßige Güter- und Viehtransport sowohl für den Verkehr der Stationen dieser Bahn unter sich, als auch für den direkten Verkehr mit den Stationen der großh. Staatsbahn seinen Anfang nehmen wird.  
Für diesen neuen Verkehr kommen im Allgemeinen sämtliche für die betreffenden Reglements- und Tarifbestimmungen, sowie die interne Güterklassifikation in Anwendung. Die in Berechnung kommenden Tariffätze können bei sämtlichen großh. Eisenbahnstationen erhoben werden.  
Auch werden von den neuen Gütertarifen bei den Stationen Karlsruhe-Bahnhof, Mühlburg und Marau auf Verlangen einzelne Exemplare unentgeltlich abgegeben.  
Karlsruhe, den 28. November 1862.  
Direktion der großh. Verkehrsanstalten.  
S i m m e r.  
Salzmann.

3.9.273. Nr. 15, 275. Baden.

### Bekanntmachung.

Mit dem 31. März l. J. wird die Pacht der Wirtschaft auf dem alten Schlosse zu Baden frei. Pachtliebhaber haben ihr Anerbieten binnen drei Wochen dahier einzureichen, und können die Pachtbedingungen bei der unterzeichneten Stelle eingesehen werden. Baden, den 25. November 1862. Großh. bad. Bezirksamt, Badenanstalten-Kommission, v. Göler.

3.9.395. Bei uns sind erschienen und in allen Buch- und Kunsthandlungen vorräthig:

### Die Mutter Christi bei ihrem Leichname.

Kupferlich in groß Folio nach Feuerbach von Aligeyer. Weiß Papier. 3 fl.  
**Maria Magdalena**  
in Folio nach Flaß von Aligeyer. Weiß Papier. 3 fl.  
Beide Blätter von hervorragendem Kunstwerthe empfehlen sich in seltenem Grade zu **Weihnachts-geschenken**.  
Kunstverlag in Karlsruhe.

3.9.940. In Unterzeichneter ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

**Berhandlungen**  
des  
**dritten General-versammlung**  
des  
**deutschen Nationalvereins**  
in  
**Coburg,**  
am 6. und 7. Oktober 1862.  
8 Bogen in Lexikon 8. Preis 7 1/2 Egr. oder 27 fr.  
Expedition der Wochenchrift des Nationalvereins.  
(A. Streit's Verlagsbuchhandlung)  
in Coburg.

3.9.392. Karlsruhe.

### Bekanntmachung.

Da sich das Theaterjahr 1862 mit Ende d. M. schließt, so werden diejenigen Logen-Inhaber und Haupt-Abonnenten, welche nicht gewonnen sind, das Abonnement für das Jahr 1863 zu erneuern, erlucht, sich hierüber alsbald und längstens bis zum 15. Dezember d. J. schriftlich anher zu erklären, indem, wenn bis zu diesem Tage keine schriftliche Aufkündigung erfolgt, dieses für Jene, welchen nicht Seitens der Hoftheater-Verwaltung gekündigt wird, als eine rechtsverbindliche Erklärung der ferneren Verbeibehaltung der betreffenden Plätze im Jahres-Abonnement nach den Bestimmungen der bestehenden Abonnements- und Logen-Ordnung angesehen wird.

Hinsichtlich der **Abonnementspreise** treten von Neujahr 1863 an in den nachverzeichneten Abtheilungen folgende **Preiserhöhungen** ein, und zwar:  
für Logen I. Rangs, Zuschlag per Platz 16 fl.  
" Balkon-Logen, Zuschlag per Platz 16 fl.  
" Parterre-Logen, Zuschlag per Platz 10 fl.  
" Parterre-Sperrloge, Zuschlag per Platz 9 fl.  
" Logen III. Rangs, Zuschlag per Platz 8 fl.

Anfragen um Plätze und hierauf bezügliche Aufträge wollen bei dem Logenbesitzer **Schub**, wohnhaft im Hause Nr. 17 der Kleinen Herrenstraße, gemacht werden.  
Gleichzeitig bringen wir zur Kenntniß, daß mit dem 1. Januar 1863 ein neues Jahres-Abonnement auf die Theaterzettel eröffnet wird, dessen Preis 1 fl. 12 fr. beträgt.

Die Zettelträger werden zu Anfang des Jahres Unterzeichnungslisten vorlegen.  
Karlsruhe, den 1. Dezember 1862.  
**General-Administration der Großh. Kunstanstalten.**

3.9.123.

### Kunst-Ausstellungen.

Die vereinigten Kunst-Bereine in **Bamberg, Passau, Regensburg, Wiesbaden** und **Würzburg** veranstalten in den Monaten November und Dezember 1862, dann Januar bis August 1863 incl., **gemeinschaftliche Ausstellungen** von 8- bis 14tägiger Dauer, unter den bekannten Bedingungen für die Einwendungen, von welchen nur diejenige hervorgehoben wird:  
daß alle Kunstwerke in den Monaten **November 1862 bis Mai 1863** zuerst nach **Passau** oder nach **Wiesbaden**, in den Monaten **Juni bis August 1863** aber jedenfalls zuerst nach **Wiesbaden** einzusenden sind.

Die verehrlichen Herren Künstler werden daher zu zahlreicher Einwendung ihrer Kunstwerke eingeladen.  
3.9.100.

### Die Renten- u. Lebensversicherungs-Anstalt zu Darmstadt

übernimmt:  
1) die **Versicherung steigender Renten** gegen beliebige Kapitaleinlagen. Die Zahl der Rentenversichererten beträgt dormalen 7192 mit 11,988 Einlagen und ca. 926,860 fl. Vermögen.  
2) **Lebensversicherungen** in Beträgen von 100 bis 10,000 fl. auf ein einzelnes Leben gegen feste, zu seiner Nachzahlung verpflichtende Versicherungsbeiträge.  
Für eine lebenslängliche Versicherung von 100 fl. betragen die jährlichen Versicherungsbeiträge bei einem Alter von:  
20 Jahren: 25 Jahren: 30 Jahren: 35 Jahren: 40 Jahren: 45 Jahren: 50 Jahren:  
1 fl. 34 fr. 1 fl. 45 fr. 2 fl. 1 fr. 2 fl. 21 fr. 2 fl. 48 fr. 3 fl. 26 fr. 4 fl. 18 fr.  
3) **Leibrentenversicherungen**, womit auch Witwenrenten erworben werden können.  
4) **Depositen** bis zu Beträgen von 25 fl. herab, welche vom 30. Tage nach der Hinterlegung bis zur Zurücknahme mit 3% verzinst und auf Verlangen ganz oder stückweise zurückbezahlt werden. Ende 1861 betrug die Summe der hinterlegten Gelder 1,241,000 fl.  
Wegen näherer Auskunft, sowie wegen des unentgeltlichen Bezugs von Prospekten und Statuten der Anstalt beliebe man sich an deren Herren Bevollmächtigte zu wenden.  
Darmstadt, 1. Juli 1862.  
**Die Direktion.**

\*) In Karlsruhe an Herrn **W. Ritter**, Langstraße 138.

3.9.415. Karlsruhe.

### Ganz leinene Foulards

in reicher Auswahl und den neuesten Mustern, darunter eine große Parthie à 36 fr. das Stück, empfiehlt bestens  
**Karl Glaser.**

3.9.409. Karlsruhe.  
**Zu mäßigen Weihnachtsgeschenken**  
empfiehlt Unterzeichneter in großer Auswahl von den feinsten bis zu den geringsten seiner selbstgefertigten **Regen- und Sonnenschirme** zu äußerst billigen Preisen zur geneigten Abnahme bestens.  
**L. Müller,**  
Schirmfabrikant, Langstraße Nr. 96.

3.9.365. Nastatt.

### Ruhrer Steinkohlen

vorzüglichster Qualität empfehle ich zu nachstehenden Preisen:  
Grob-Fetttschrott (für jede beliebige Feuerung) per Centner 36 fr.  
Schmelzkohlen " " 38 fr.  
Stückkohlen " " 48 fr.  
Erstere zwei Sorten bei Abnahme größerer Quantitäten billiger. Gegen Vergütung von 1 1/2 fr. per Centner liefere ich die Kohlen frei ab Bahn hier.  
**E. Nicolai,**  
Herrenstraße Nr. 102.

### Lehrlingsgesuch.

3.9.221. In ein Kurzwaaren-Geschäft ein gross im badischen Oberlande wird ein Lehrling oder Volontär (Israelite), aus guter Familie, gesucht. Auf Franz., wenn möglich auch engl. Sprachkenntnis wird besonders Rücksicht genommen. Wo? zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes.

### Stellegesuch.

3.9.405. Ein junger Mann, eheerlos, Militär, welcher eine Gelehrten-Schule besuchte, als requirierter Gehilfe bei großh. Berechnungen beschäftigt war, bis er vom Jahre 1861 bis 1863 seiner Militärpflicht nachzukommen hatte, der überhaupt in allen Geschäften gewandt ist und eine empfehlende Schrift schreibt, sucht auf 1. März l. J. eine passende Stelle, durch welche er sein späteres Auskommen begründen könnte. Auf Verlangen sünden demselben, was Moral und dienstliche Aufführung anbelangt, sehr empfehlende Zeugnisse zur Seite. Derselbe wäre auch geneigt, in ein Privat-Geschäft einzutreten. Erwählte Offerten beliebe man unter Chiffre H. B. Nr. 107 bei der Expedition dieses Blattes einzusenden.

### Blane Fuhrmannshenden

empfiehlt in 4 Nummern à 1 fl. 42 fr. per Stück  
**Karl Mantbe.**  
**Verkäuferin-Gesuch.**  
3.9.250. Für ein gemischtes Waarengeschäft wird eine tüchtige Verkäuferin gesucht. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.  
3.9.412. Karlsruhe.  
**Dankfagung**  
In der Nacht vom 20. auf den 21. Juli l. J. ist in der Scheuer des Unterzeichneten, welche mit Heu und Früchten angefüllt war, Feuer ausgebrochen, und solche sammt dem Inhalte gänzlich niedergebrannt. Dieses Gebäude sammt Inhalt war bei der Elberfelder Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert, und ich wurde von dieser Gesellschaft durch den Herrn Bezirks-agenten H. Grabenstein sehr schnell und pünktlich und ohne allen Abzug mit allen meinen Ansprüchen sehr reell entschädigt; wofür ich dieser Gesellschaft öffentlich danke.  
Kirrlach, den 15. November 1862.  
**Johannes Schmitteckert.**

3.9.387. Frankfurt a. M.

### Kais. Königl. Oesterreich. Eisenbahn-Anlehen.

vom Jahre 1858.  
von **42 Mill. Gulden** österr. Währ. Die Hauptpreise des Anlehens sind:  
21 mal **250,000**, 71 mal **200,000**,  
103 mal **150,000**, 90 mal **100,000**,  
105 mal **30,000**, 90 mal **20,000**,  
105 mal **15,000**, 370 mal **5,000**,  
20 mal **4,000**, 76 mal **3,000**, 54 mal **2,500**, 264 mal **2,000**, 503 mal **1,500**,  
733 mal **1,000** Gulden re.  
Der geringste Gewinn ist fl. 140.  
Nächste Ziehung **2. Januar 1863**.  
Loose hierzu sind gegen Einfindung von fl. 5 per Stück, 11 Stück à fl. 50. von dem Unterzeichneten zu beziehen.  
Der Betrag der Loose kann auch per Postvorschuß erhoben werden. Kein anderes Anlehen bietet so viele und große Gewinne.  
Der Verlosungsplan und die Ziehungslisten werden gratis zugesandt, sowie auch gerne weitere Auskunft erteilt durch  
**Franz Fabricius,**  
Siaats-Effekten-Handlung  
in **Frankfurt am Main.**

### Hausversteigerung.

Kronenwirth Hagen von Tiefenbach läßt Donnerstag den 11. Dezember d. dieses Jahres dahier, Mittags 1 Uhr, versteigern:  
Ein zweistöckiges Wohnhaus, worauf die Real-Grundgerechtigkeit zur Krone ruht, nebst Scheuer, sehr gutem Keller, Stallungen und sonstigen Oekonomiegebäuden. Das Ganze würde sich auch sehr gut für einen Bierbrauer eignen. Hiezu gehören:  
Ein beim Hause sich befindender schöner Gemüsegarten, nebst einer Wiese nicht weit von der Behausung, sich gut zu einer Viehwiese eignen.  
Sämmtliche Realitäten können auch jeden Tag aus der Hand verkauft werden.  
Zu Beiden ladet höflich ein,  
Tiefenbach, den 28. November 1862.  
Kronenwirth **Hagen.**

### Vergebung von Glaserarbeiten.

Die Herstellung der Vorfenster an den Bureaus und den Dienstwohnungen der Beamten in hiesigen Bahnhofs, veranschlagt zu 990 fl., soll im Wege schriftlicher Angebote im Ganzen vergeben werden.  
Voranschlag und Bedingungen liegen auf dem Bureau des technischen Beamten zur Einsicht auf.  
Die Angebote sind nach Prozenten des Voranschlags zu stellen, und sind solche versiegelt und vorläufig mit entsprechender Aufschrift längstens bis Samstag den 6. Dezember, Vormittags 10 Uhr, zu welcher Zeit die Öffnung der Angebote auf dem Bureau des technischen Beamten stattfindet, bei der unterfertigten Stelle einzureichen.  
Rehl, den 29. November 1862.  
Großh. bad. Post- und Eisenbahnamt.  
Der Vorstand: Der Bezirks-Ingenieur:  
Clady. Schefelt.

### 3.9.380. (Zugverpachtung im Forstbezirk Schwellingen.)

Die Jagd im forstärarischen Forstbezirk Schwallingen, ferner in den Hartwäldern, im Kettchenrotte, zusammen 864 Morgen Fläche, wobei 561 Morgen Waldjagd, wird am Freitag den 5. Dezember l. J. früh 10 Uhr, auf diesseitigen Geschäftsämter im Wege des Auftrags auf 9 Jahre öffentlich verpachtet. Bei der Verpachtung hat sich jeder Steigerer mit der Nachweisung seiner Pachtfähigkeit auszuweisen. Schwellingen, den 28. November 1862. Großh. bad. Bezirksforstf. A. Cron.

### 3.9.381. Schwellingen. (Verkauf von Eichenholz im Rheinwald bei Reiff.)

Der heutige Erwoach an Eichenholz im Rheinwald bei Reiff wird im Steigerungswege dem Verkauf ausgesetzt, und bestimmen wir hiezu Tagfahrt auf nächsten Freitag den 5. Dezbr., Nachmittags 2 Uhr, auf diesseitigen Geschäftsämter. Schwellingen, den 28. November 1862. Großh. bad. Bezirksforstf. A. Cron.

### 3.9.382. Schwellingen. (Verkauf von forstlichen Jagden zur Samengewinnung im Hartwäld und im Kettchenrotte.)

Der heutige Erwoach an forstlichen Jagden zur Samengewinnung im Hartwäld und im Kettchenrotte wird im Steigerungswege dem Verkauf ausgesetzt, und bestimmen wir hiezu Tagfahrt auf nächsten Freitag den 5. Dezbr., Nachmittags 2 Uhr, auf diesseitigen Geschäftsämter. Schwellingen, den 28. November 1862. Großh. bad. Bezirksforstf. A. Cron.

### 3.9.362. Nr. 8759. Eilenheim. (Offene Auktionshalle.)

Bei diesseitigen Gerichte ist eine Auktionshalle mit einem Gehalte von 400 fl. zur Versteigerung der Erwerbungs resp. Wiederherstellung offen. Eilenheim, den 29. November 1862. Simmelshaus.

### 3.9.269. Reutlingen (Württemberg).

3.9.269. Reutlingen (Württemberg). Für ein gemischtes Waarengeschäft wird eine tüchtige Verkäuferin gesucht. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

### 3.9.250. Für ein gemischtes Waarengeschäft wird

eine tüchtige Verkäuferin gesucht. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.